

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Verantwortlicher

(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)
Stadtverwaltung Alzey
Ernst-Ludwig-Straße 42
55232 Alzey
Telefon: 06731/495-0
E-Mail: information@alzey.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO:

Die Daten werden erhoben, um Ihren Antrag auf Förderung bearbeiten und bei Bewilligung den Zuschuss auszuzahlen zu können. Zur Antragsbearbeitung bzw. zur Auszahlung des Zuschusses verarbeiten wir folgende personenbezogenen Daten:

- Name, Vorname
- Anschrift
- Anschrift des betroffenen (Installations-)Ortes, falls abweichend vom Wohnort
- E-Mail-Adresse
- Angaben zum Förderprojekt
- Bankverbindung

Rechtsgrundlage:

- Artikel 6 Abs. 1 lit. a) und c) DS-GVO
- Förderrichtlinie der Stadtverwaltung Alzey

Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO):

- Zuständige Mitarbeitende der Stadtverwaltung Alzey
- Von der Stadtverwaltung Alzey eingesetzte Auftragsverarbeiter (Artikel 28 DS-GVO)

Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

- Entfällt hier

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

- Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Antragsbearbeitung und Bewilligung. Zusätzliche und abweichende Aufbewahrungsfristen können sich gesetzlich ergeben.

Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt

unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden. Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient. Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).
- Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:
Haben Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zugestimmt, können Sie diese Einwilligung bei Bedarf jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bis zum Widerruf bleibt rechtmäßig.

Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.-Nr.: 0 61 31 / 89 20 0, Fax: 0 61 31 / 89 20 29 9, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de